TERMINE

- **Mitgliederversammlungen:**
  11. Mai, 24. August, 2. November
  jeweils ab 19:15 Uhr,
  Ort siehe www.grueneaargau.ch
- **Vorstandssitzungen:**
  27. April, 10. August, 26. Oktober
  Zeit und Ort auf Anfrage
- **DV Grüne Schweiz:**
  27. März, 21. August, 30. Oktober
- **Abstimmungen und Wahlen:**
  7. März
  13. Juni
  26. September (kommunale Wahlen)
  28. November (2. Wahlgang)
- **Austausch zu den Einwohnerratswahlen:**
  23. Februar, 19 Uhr, online

AUS DER FRAKTION

DANKE HANSJÖRG UND WILLKOMMEN DEN NEUEN!

Robert Obrist, Fraktionspräsident ▸ Nach 18 Jahren Arbeit im Grossrat und für den Kanton Aargau hat Hansjörg Wittwer beschlossen, den Stab weiterzugeben und auf eine weitere Kandidatur verzichtet. Die (Kunst-)Fliege im Knopfloch seines Kittels war ihm Programm. Sein Einsatz galt dabei nicht bloss der Artenvielfalt, sondern auch der Reinhaltung der Gewässer, dem Schutz der Wälder und nicht zuletzt der Unterstützung der kulturellen Aktivitäten. Ausstellungen wie «Blumen für die Kunst» im Kunsthaus Aarau waren ihm ebenso wichtig, wie das Glas Rotwein zum Mittagessen im Kunsthauscafé.

Ich habe Hansjörg bewundert, wie die aktuellen Belastung des Trinkwassers mit Pflanzenschutzmitteln ihn nochmals zu einer Reihe von Vorstössen motivierte. Dies im Wissen darum, dass die Landwirtschaftslobby inner- und ausserhalb des Rates mit Verständnislosigkeit, Herunterspielen des Problems und Verzögerungstaktiken reagieren würde. Unvergessen bleibt mir auch sein sorgfältiger Umgang mit Schriften, nicht zuletzt als Gestalter des Logos unserer Initiative «Klimaschutz braucht Initative». Am Initativtext war er natürlich auch massgeblich beteiligt. Als heute pensionierter Architekt setzte Hansjörg seine auch in diesem Bereich umfassenden Kenntnisse für energetisch besseres Bauen und die umfassende Rezyklierung von Baumaterialien ein. Für den unermüdlichen Einsatz im Grossrat, seine Lobbyarbeit und seine mit Humor gespickten Voten ganz herzlichen Dank, Hansjörg.

Unser Erfolg in den Wahlen vom letzten Herbst lässt unsere Fraktion von 10 auf

Hansjörg Wittwer prägte fast zwei Jahrzehnte lang die GRÜNE Fraktion im Grossrat mit.

14 Grossrät*innen anwachsen. Dazu kommt eine bessere Vertretung in den Fachkommissionen und die Aussicht, das Grossratspräsidium bald wieder besetzen zu können – endlich, muss man sagen, denn Patricia Schreiber war bislang die einzige grüne Grossratspräsidentin. Besonders grosse Freude herrscht, weil nun auch der Bezirk Zurzach mit Isabelle Schmid aus Tegerfelden in unserer Fraktion repräsentiert wird. Mit den grösseren Vertretungen aus den Bezirken Aarau und Baden haben wir fest gerechnet. Mirjam Kosch (Aarau) und Thomas Baumann (Suhr), sowie Jonas Fricker (Baden) nehmen als Neue oder Wiederkehrer diese Plätze ein. Mit Alice Sommer (Zofingen) wird auch der Wilde Westen des Kantons weiter grüngestärkt. Ich freue mich sehr über die gewachsene Gruppe, die neuen Gesichter und die Impulse in unserer Fraktion. So wurde bereits aus der ersten Sitzung im Neuen Jahr die neue Legislatur mit dem Newsletter „GRÜNES aus dem Grossen Rat“ eröffnet. Herzlich willkommen, auf dass es weiter grünt im Kanton! ■

PAROLEN AM 7. MÄRZ

- **NEIN** zur privatisierten E-ID
- **NEIN** zum rassistischen Burkaverbot
- **NEIN** zum Freihandelsabkommen mit Palmöl-Produzent Indonesien

P.P.
CH-5000 Aarau

DIE POST

IMPRESSUM
Der Grüne Rundbrief ist das Publikationsorgan der Grünen Aargau. Herausgeberin: Grüne Aargau
Design: fischerdesign.ch, Würenlingen
Druck: Effingermedien AG, Brugg
Cyclus Print, 100% Recyclingpapier. Die Produktion erfolgt klimaneutral und mit erneuerbarer Energie.
Fotos, wo nichts erwähnt: Grüne Aargau

FEBRUAR – NR. 1 / 2021

RUNDBRIEF

DER GRÜNEN AARGAU

GRÜNE AARGAU

Titelbild: Grüne Aargau. Foto unten links: Jacqueline Keller Borner. Unten rechts: Referendumskomitee «Stop Palmöl».

ZUWACHS IM GROSSEN RAT

HERZLICH WILLKOMMEN IN DER FRAKTION!

Mit Isabelle Schmid, Mirjam Kosch, Alice Sommer, Thomas Baumann und Jonas Fricker hat die GRÜNE Grossratsfraktion Zuwachs erhalten. Gleichzeitig verabschieden wir uns von Hansjörg Wittwer und danken ihm herzlich für sein achtzehnjähriges Engagement im Grossen Rat. ▸ *Seite 4*

SOLL ICH KANDIDIEREN?

Ja! Die Gemeindewahlen sind ein idealer Einstieg in die aktive Politik. ▸ *Seite 2*

NEIN ZUM BILLIGEN PALMÖL

Das Freihandelsabkommen mit Indonesien ist leider eine Mogelpackung. ▸ *Seite 3*

- **AUS DEM GROSSEN RAT:**
  Alles über die erste Session der neuen, gewachsenen Fraktion.
  grueneaargau.ch/gruenes
- **STEUERGESCHENKE:**
  Keine Senkung der Unternehmensgewinnsteuern in der Pandemie!
  grueneaargau.ch/ugs

MEHR LESENSWERTES UNTER

grueneaargau.ch
@gruene_aargau
@gruene_aargau
facebook.com/grueneaargau

Liebe GRÜNE und Sympathisant*innen

Wahlen sind von Grund auf ungerecht. Sie befördern meist Menschen an die Spitze, die ohnehin schon privilegiert sind. Also genau jene, die das geringste Interesse daran haben, etwas zu verändern. Alleinerziehende und Working Poor findet man hingegen kaum in gewählten Ämtern, und auch Schweizer*innen mit Migrationshintergrund und Menschen ohne Hochschulabschluss sind massiv untervertreten. Leider auch bei uns GRÜNEN.

Einige dieser Verzerrungen passieren bei der Wahl selbst, aber viele schon vor der Nomination. Es ist höchste Zeit für diversere Listen. Bei der Frauenförderung haben wir gezeigt, was mit fairer Nomination möglich ist. Dasselbe muss uns nun auch bei der sozialen Vielfalt gelingen. Packen wir es an!

Euer Rundbrief-Redakteur
Daniel Ballmer

INTERVIEW MIT RUTH MÜRI

GEMEINDEPOLITIK: WÄRE DAS ETWAS FÜR MICH?

Der beste Weg, dies zu beantworten, ist das Gespräch mit amtierenden Politiker*innen. Wir haben mit Ruth Müri gesprochen, die auf ein Vierteljahrhundert Erfahrung zurückblicken kann.

Was hat dich ursprünglich motiviert, aktiv in die Gemeindepolitik einzusteigen?
Als Pfadileiterin war für mich «Mitbestimmen und Verantwortung tragen» ein selbstverständlicher Grundsatz. Das hat mich motiviert, auch in unserer Stadt mitbestimmen und Verantwortung übernehmen zu wollen.

Welchen Aufwand bedeutete das Einwohnerratsamt für dich?
Für das Studium der Unterlagen, die Vorbereitung der Voten, die Fraktions- und die Ratssitzung benötigte ich jeweils mindestens 10 Stunden pro Einwohnerratstermin. Dank der grossen Unterstützung meines Mannes, der an vielen Abenden die Kinder betreut hatte, während ich an Sitzungen war, konnte ich das Amt gut mit Arbeit und Familie vereinbaren.

Wann hat dich das Amt frustriert?
Anfangs konnte ich manchmal nicht einschlafen, weil ich so deprimiert war, wenn wir eine wichtige Abstimmung knapp verloren hatten. Mit der Zeit hat sich meine Frustrationstoleranz verbessert. Inspiriert hat mich dabei das Gelassenheitsgebet von Reinhold Niebuhr: «Gib mir den Mut, Dinge zu ändern, die geändert werden müssen, die Gelassenheit, Dinge zu akzeptieren, die ich nicht ändern kann, und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden».

Wie fühlte sich der Wechsel in den Stadtrat an?
Die Arbeit ist sehr spannend und macht mir grosse Freude. Im Stadtrat engagiere ich mich entsprechend meiner politischen Haltung und trage gemäss dem Kollegialitätsprinzip nach der Diskussion die Entscheide des Gremiums mit.

Was änderte sich mit dem neuen Amt?
Ich kann viel direkter Einfluss nehmen und Projekte initiieren und vorantreiben. Zudem bin ich viel breiter informiert und kann an den relevanten Stellen die richtigen Fragen stellen. Als Stadträtin kann ich allerdings auch nicht immer das sagen, was ich gerade denke. Man lernt, sich diplomatisch auszudrücken.

Wofür setzt du dich heute in der Exekutive besonders stark ein?
Für mich sind die Themen Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Gleichstellung, für die es viele lokale Handlungsmöglichkeiten gibt, sehr wichtig. Als Bildungspolitikerin engagiere ich mich für gute Rahmenbedingungen für das lebenslange Lernen von der frühen Förderung über die Volksschule, die Grund- und Weiterbildung bis ins Rentenalter mit dem Ziel, dass die Menschen ihre Lebensherausforderungen selbstbestimmt bewältigen können.

Was muss man aus deiner Sicht mitbringen, um sich in der Gemeindepolitik wirksam zu engagieren?
Freude am Austausch mit anderen Menschen, Gestaltungswille, Ausdauer und eine gesunde Frustrationstoleranz.

Welchen Rat würdest du einem grünen Menschen mitgeben, der sich überlegt, in die Gemeindepolitik einzusteigen?
Habe den Mut, diesen Schritt zu wagen – es lohnt sich! Für dich, für deine Gemeinde und für unsere Umwelt. Global denken, lokal handeln! ■

Ruth Müri rutschte 1994 mit dreiundzwanzig Jahren in den Badener Einwohnerrat nach und durfte 17 Jahre lang für das team baden die Politik im Rat mitgestalten. Sie war Mitglied in verschiedenen Kommissionen und Ratspräsidentin. Seit 2013 sitzt sie im Stadtrat, seit 2017 vertritt sie die GRÜNEN im Grossen Rat.

ARM SEIN IM AARGAU

10% der Aargauer Bevölkerung sind von Armut betroffen oder armutsgefährdet. Die Corona-Pandemie zeigt: Armut kann jede*n treffen. Wer gilt als arm in der Schweiz, und wo muss die Aargauer Politik dringend aufholen?

Vera Becker, Peter Weihrauch, Ana Maria Oliveira Munhoz ▸ Beim Armutsbegriff unterscheiden wir zwischen relativer und absoluter Armut. Relative Armut steht im Vergleich zum Wohlstand aller Anderer, die in dem Land leben. Somit sind alle, die im Vergleich ein eingeschränktes Leben führen müssen, von relativer Armut betroffen. Absolut arm hingegen ist, wer unter dem materiellen Existenzminimum leben muss, wie Hungernde und Obdachlose. In der Schweiz gibt es nur selten absolute und viel häufiger soziokulturelle Armut, Menschen können ihren täglichen Bedarf nicht decken und an der Gesellschaft nicht teilhaben. Dies führt zu Randständigkeit und Isolation. In unserem ländlichen Kanton, ohne grosse Ballungszentren, wird Armut unsichtbar. Soliday Aargau stellt fest, dass nur die wenigsten von Armut betroffenen Menschen sich am Bahnhof aufhalten oder betteln. «Die meisten […] bleiben im Verborgenen und wollen nicht, dass die Umwelt ihre Situation erkennt. Davon sind Kinder besonders schwer betroffen, weil sie oft keine Gspändli nach Hause einladen können – man würde ja sehen, wie ärmlich die Familie lebt. Das macht sie zu Aussenseiter*innen in der Schule.» Jede*r dritte Sozialhilfebezüger*in ist ein Kind.
Im Aargau herrscht eine restriktive Sozialpolitik und es entstehen immer wieder Forderungen, die Sozialhilfe zu kürzen. Dabei ist der Hebel zur Armutsbekämpfung und Integration gross, effizient und kostengünstig. Die Ursachenbekämpfung ist zentral und die Integration in den Arbeitsmarkt am wichtigsten. Dazu benötigen wir eine Entstigmatisierung von armutsbetroffenen Menschen. Caritas Aargau appelliert auf Sachpolitik statt Polemik: «Der Geschichte der ‘explodierenden Sozialhilfekosten’ ist entschieden entgegenzutreten. Es findet zwar eine Verlagerung in die Sozialhilfe statt, die Gesamtausgaben sind allerdings nur sehr moderat gestiegen!». Die einseitigen Berichterstattungen über Sozialhilfemissbrauch seien ebenfalls nicht förderlich. Sozialhilfe zu empfangen ist ein Recht und sollte nicht mit Scham verbunden sein. Sozialhilfeempfänger*innen müssen über ihre Rechte Bescheid wissen und diese auch einfordern können. Es braucht eine Rechtsberatungsstelle, um sich gegen die zum Teil willkürlichen und rechtswidrigen Entscheide von einigen Gemeinden wehren zu können. Die Aargauer Politik versagte bisher beim Aufbau einer solchen Stelle und stützt sich auch in vielen Gemeinden bei den obligatorischen Sozialdiensten auf Verwaltungspersonen, anstelle von ausgebildeten Fachleuten.
Caritas Aargau schliesst ab: «Wir müssen die Armut bekämpfen und nicht die Armutsbetroffenen. Das soziale Existenzminimum ermöglicht eine minimale Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und ist nicht verhandelbar. Wenn sich der Grundbedarf nicht mehr am Bedarf der ärmsten zehn Prozent der Bevölkerung orientiert, wird er zur willkürlichen Grösse. Sozial benachteiligte Menschen haben ein Recht darauf, in Würde zu leben.» ■

NATIONALE ABSTIMMUNG: FREIHANDELSABKOMMEN MIT INDONESIEN

KEIN GRÜNES MÄNTELCHEN FÜR BILLIGES PALMÖL

Die Hälfte des Regenwalds auf Borneo wurde bereits für Palmöl-Plantagen abgeholzt. Entgegen den Behauptungen der Befürworter*innen enthält das Freihandelsabkommen mit Indonesien keine verbindlichen Regeln für nachhaltiges Palmöl.

Robert Obrist, Fraktionspräsident ▸ Das Freihandelsabkommen mit Indonesien sieht den weitgehenden Abbau der Zölle. Im Gegenzug enthält es zwar als erstes Schweizer Freihandelsabkommen allgemeine Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung. Aber ohne verbindliche Regeln bleiben solche Bestimmungen wirkungslos. Eine von den GRÜNEN mitgetragene Minderheit im Nationalrat verlangte, dass nur nachhaltiges Palmöl Zollpräferenzen erhält und dass die Nachhaltigkeit kontrolliert wird. Dieser Vorschlag wurde leider abgelehnt.
Die Steigerung der Palmölimporte in die Schweiz kommt weder der lokalen Landwirtschaft noch den Konsument*innen zugute. Das Kapitel über nachhaltige Entwicklung ist reines Greenwashing: Die verwendeten Zertifizierungen stehen stark in der Kritik, und es gibt weder Kontrollen noch Sanktionen. Ausserdem ist dieses Kapitel von der Schiedsgerichtsordnung ausgeschlossen. Das heisst, dass die Nachhaltigkeitsstandards nicht einklagbar sind und somit nicht verbindlich durchgesetzt werden können.
Ein Nein zu diesem Abkommen ist auch strategisch wichtig: Derzeit laufen die Verhandlungen zu einem weiteren Freihandelsabkommen, mit dem südamerikanischen Staatenbund Mercosur. Mit einem Nein zum Abkommen mit Indonesien steigt der Druck für ein faireres und gerechteres Abkommen mit den Mercosur-Staaten. ■